

Millionen Arbeitnehmerwähler der SPD erteilen der SPD-Führung und ihrer Politik eine vernichtende Absage.

Sie haben die politische Erneuerung der Parteiführung auf allen Ebenen, von unten nach oben auf die Tagesordnung gesetzt.

Kämpfen wir dafür, dass das Wirklichkeit wird!

Wir brauchen die SPD zurück für die Verteidigung der Lebensinteressen der ArbeitnehmerInnen und Jugend!

6,2 Millionen der SPD-StammwählerInnen haben mit der Verweigerung ihrer Stimme in der Bundestagswahl am 27. September der Politik der SPD in der Großen Koalition und den dafür hauptverantwortlichen Wortführern der Schröder – Agenda – Politik, den Müntefering, Steinmeier und Steinbrück, eine vernichtende Absage erteilt.

Das war die Politik der Privatisierung und Demontage des Sozialstaats, der sozialen Sicherungssysteme, der Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte, der Zersetzung des Tarifvertragssystems und der Ausweitung eines Niedriglohnssektors, der Massenverarmung auf der einen Seite - zugunsten der Förderung der Unternehmerprofite und Finanzspekulation, der Bereicherung von Banken und Konzernen auf der anderen Seite.

Um diese Politik gegen die aufbrechenden Widerstände aus der SPD fortzusetzen, haben die Steinmeier, Müntefering und Steinbrück sich im Sommer 2008 an die Führungsspitze der SPD geputzt. So konnten sie in der Krise für die skandalösen Maßnahmen sorgen, Hunderte Milliarden staatlicher Gelder für die Rettung der krisenverantwortlichen Bankiers und Spekulanten und auch Konzerne anzubieten, während Löhne und Tarifverträge heruntergebrochen werden, Millionen ArbeitnehmerInnen in Kurzarbeit und Hunderttausende in Arbeitslosigkeit geschickt werden.

Diese Politik hat in der Wahl einen wahren Aufstand vor allem der Arbeitnehmerwählerbasis der SPD provoziert.

Millionen haben gesagt:

Schluss mit dieser Politik! Weg mit dieser Führung!

Dieser Aufstand findet sein Echo in einem Aufbegehren in der ganzen Partei, wo von allen Seiten die Führungstroika und die gesamte verantwortliche Parteiführung zum Rücktritt aufgefordert werden, als Voraussetzung für die Eröffnung einer wirklich demokratischen Diskussion in der Partei.

Doch da stellen sich die Steinmeier und Müntefering noch am Wahlabend hin, verkünden der SPD ihre „bittere Niederlage“ und präsentieren ihr Steinmeier als neuen Fraktions- und Oppositionsführer und Müntefering als Chef-Kontrolleur für die Vorbereitung des Parteitags.

Steinmeier diktiert der SPD gleich ihre neue Rolle: die SPD-Opposition soll unter seiner Führung die bürgerliche, schwarz-gelbe Koalitionsregierung unter Merkel als „Wächter der sozialen Balance“ begleiten... und so für die Fortsetzung dieser Rolle sorgen, die sie bisher mit dem gleichen Steinmeier in der Großen Koalition gespielt habe.

Steinmeier kämpft kaum verhüllt bis zu Ende für das „Weiter so“. Kann so der Neuanfang aussehen?

Ist das ein Neuanfang, wenn diesem Steinmeier sich nun die Gabriel, Nahles, Wowereit, Scholz als Aspiranten für den „neuen Parteivorstand“ zur Seite stellen? Sie, die die gesamte Politik der letzten elf Jahre gemeinsam mit den Müntefering, Steinmeier und Steinbrück mitgetragen haben?

Das sind dieselben Versuche, die wir schon mehrere Male erlebt haben, um auch dieses Mal die Partei erneut dem Kurs einer selbsternannten Führung zu unterwerfen.

Wir wenden uns an alle Sozialdemokraten, an die Gewerkschafter und die SPD-Wähler: Handeln wir gemeinsam, setzen wir uns gemeinsam dafür ein, dass wir dieses Mal durchdringen und Erfolg haben.

Denn wie viele Male wurden schon die Versuche, die Politik der Agenda 2010 zu stoppen, zu Fall gebracht! Alle diese Versuche wurden von denen erstickt, die die SPD mit ihrer Politik bis an den Rand der Zerstörung getrieben haben.

Das darf sich dieses Mal nicht wiederholen.

Es geht um einen grundsätzlichen Neuanfang, ohne diejenigen und ihre Politik, die verantwortlich für die jetzige Situation der Partei sind.

Der Wille für den konsequenten Bruch mit der gesamten Schröder-Politik und ihren verantwortlichen Trägern auf allen Ebenen greift in der Partei um sich. So fordern die GenossInnen des AfA-Landesvorstands in Berlin „Konsequenzen – auch in Berlin“, wo die SPD um 14 Prozentpunkte abgestürzt ist: "Dafür ist nicht nur der 'Bundestrend' verantwortlich, sondern auch der sieben Jahre andauernde Streit mit den Gewerkschaften und den Familien in Berlin über den Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst, über massive Einkommenskürzungen für alle Berufsgruppen im Berliner Landesdienst und über die Personalausstattung von Schulen und Kindertagesstätten!" (Pressemitteilung vom 28.09.09)

Denn die ArbeitnehmerwählerInnen haben auch der SPD-Politik im rot-roten Senat und der verantwortlichen Führung um Klaus Wowereit, die mit dieser sozialen Demontage und dem andauernden Bruch des gewerkschaftlichen Tarifvertrags die Politik der SPD in der Großen Koalition umsetzt, eine vernichtende Absage erteilt.

Ein wirklicher Neuanfang verlangt, dass der Partei mit ihren Mitgliedern auf allen Ebenen die volle Souveränität zurückgegeben und auf dieser Grundlage ein

Bundesparteitag vorbereitet wird.

Der sofortige Rücktritt des gesamten Führungstrios und der „engeren Parteiführung“, die Befreiung der SPD aus ihrem politischen Diktat des „Weiter so“, trotz kosmetischer Korrekturen an Personal und Programm, ist die Voraussetzung für die Eröffnung der demokratischen und freien Diskussion in der ganzen Partei in Vorbereitung eines SPD-Parteitags.

Eine Diskussion, die im Dialog mit der zu lange malträtierten - und zum Teil als Mitglieder und WählerInnen verlorenen - Arbeitnehmerbasis stattfinden muss. Eine ernsthafte Diskussion über die ehrliche Bilanz der verhängnisvollen Regierungspolitik seit Schröder und in der Großen Koalition, über den notwendigen klaren Bruch mit dieser Politik und für die Definition der politischen Schwerpunkte des wirklichen politischen Kurswechsels der SPD.

„Ich will meine Partei zurück!“

überschreiben die Frankfurter Jusos ihren Aufruf.

Wir wenden uns heute an die vielen KollegInnen, GenossInnen und GewerkschafterInnen in und außerhalb der SPD, die jetzt endgültig nach der absolut notwendigen Kehrtwende verlangen.

Muss nicht die Wiederaufrichtung der SPD damit beginnen, sie zu öffnen für die Forderungen der arbeitenden und arbeitslosen Bevölkerung, ihrer Gewerkschaften, der Rent-

nerInnen, Kranken und der Jugend, die für die Verteidigung und Wiederherstellung ihrer Arbeitsplätze und sozialen Existenz kämpfen?

Versammeln wir uns!

Diskutieren wir über den Weg, der zu einem Prozess der Neuwahl von SPD-Verantwortlichen auf allen Ebenen führt. Von Verantwortlichen, die unser Vertrauen genießen, die den Willen der Arbeitnehmerbasis der SPD respektieren, mit der Schröder-Politik brechen und sich für Arbeitnehmerpolitik engagieren;

der zu einem Parteitag führt, der die Entscheidung für den wirklichen politischen Kurswechsel trifft und eine entsprechende Parteiführung damit beauftragt.

Wir brauchen die SPD zurück!

Sie muss den Platz an der Seite der ArbeitnehmerInnen, GewerkschafterInnen, SeniorInnen und Jugend wieder einnehmen.

Diskutieren wir, wie wir gemeinsam eingreifen können dafür, dass die SPD aus dem verhängnisvollen politischen Irrweg ihrer Führung herausgerissen wird, um sie als politisches Instrument im Kampf für die Verteidigung der Interessen der ArbeitnehmerInnen und Jugend zurückzugewinnen.

Schreibt uns! Tauschen wir uns aus!

Henning Frey und H.-W. Schuster

Initiatoren für die Einladung an sozialdemokratische GenossInnen und GewerkschaftskollegInnen zur bundesweiten Versammlung am 12. September 2009 in Köln

Kontakt: henning.m.frey@web.de, H.-W. Schuster: grotjohann.schuster@t-online.de

Zur weiteren Diskussion:

Politische Schwerpunkte des wirklichen politischen Kurswechsels der SPD

Im Zentrum eines politischen Kurswechsels - und nur so wird die Wiederaufrichtung der SPD nach diesem Absturz möglich sein - muss der Schutz der arbeitenden Bevölkerung, der Rentner und Jugend gegen die Schläge der Krise und ihre schlimmen Auswirkungen; gegen die Politik der neuen Regierung Merkel, die verheerenden Kosten der Krise auf sie abzuwälzen, stehen.

Auf einer bundesweiten Konferenz in Berlin im April und ihrer Fortsetzung mit der bundesweiten Versammlung in Köln im September haben SozialdemokratInnen, GewerkschafterInnen und andere politische Arbeiterkämpfer über die dringliche Notwendigkeit und die Voraussetzung diskutiert, wie die SPD auf den Bruch mit der Politik der Großen Koalition und endlich auf eine Politik zum Schutz der arbeitenden Bevölkerung und Jugend vor der Krise verpflichtet werden kann.

In ihren Erklärungen fordern sie,

- „Sofortmaßnahmen, wie sie mit dem „Moratorium in Sachen Entlassungen“ von der IG Metall gefordert wurde, was für die Kollegen nur heißen kann: ein wirkliches Moratorium, das Entlassungen verbietet...“Sie fordern Maßnahmen zur „wirklichen Rettung der 26 000 Arbeitsplätze bei Opel und der Produktionsstandorte, die den Erhalt aller Arbeitsplätze staatlich garantieren und Produktion und Vermögen unter staatlichen Schutz stellen; mit staatlichen Investitionen muss die industrielle Produktion vor allem im Osten wieder aufgebaut werden...“
- Sie fordern, dass es nicht länger ein Zurückweichen vor der EU geben darf, „die die staatliche Garantie von Arbeitsplätzen und Produktionsstandorten verbietet und die Milliardenflutung zur Rettung der Bankenspekulation, sowie die entsprechenden Einschnitte in die Sozialhaushalte und die Privatisierung der Öffentlichen Daseinsvorsorge gebietet...“
„Die Milliarden, die den Banken, Spekulanten und Konzernen gegeben wurden, müssen zurück geführt werden, um die öffentlichen Haushalte, auch der Länder und Kommunen, aus dem „Würgeband der Staatsverschuldung“ (ver.di) zu befreien...“
- Für den sofortigen Stopp des Kriegseinsatzes in Afghanistan und den Rückzug aller deutscher Truppen...“

